

Der Landesvorstand der CDU Berlin hat am 11. April 2025 auf seiner Sitzung beschlossen:

## **7 Punkte gegen Obdachlosigkeit**

Berlin steht bei der angemessenen und bedarfsgerechten Unterbringung wohnungsloser Menschen weiterhin vor großen Herausforderungen. Trotz individuellem Rechtsanspruch auf ordnungsrechtliche Unterbringung gelingt es noch nicht, allen Betroffenen ein zumutbares Angebot zu machen. Zusätzlich gibt es Menschen in Berlin, die aus freien Stücken in Parks und Hauseingängen übernachten und Unterbringungsangebote ablehnen. Insgesamt führt Obdach- und Wohnungslosigkeit auch dadurch zu Zielkonflikten im Stadtbild. Dieser Zielkonflikt muss anerkannt werden und durch eigene, angemessene Maßnahmen adressiert werden.

Gleichzeitig gerät die soziale Infrastruktur aufgrund steigender Mieten, fehlender Flächen für neue Projekte und Kündigungen von Mietverträgen unter Druck. Gerade in Kiezen, die von Obdachlosigkeit besonders betroffen sind, gelingt es oft nicht mehr, geeignete Flächen für soziale Infrastruktur zu sichern.

Ein funktionierendes Berlin muss dieser Entwicklung entschlossen und strategisch entgegentreten. Versäumnisse der vergangenen Jahrzehnte können dabei nicht nur mit immer mehr Geld überdeckt werden. Es braucht vor allem neue Ideen, eine klare Schwerpunktsetzung der zuständigen Senatsverwaltung und den Mut, bestehende Spielräume vollständig auszuschöpfen.

Die CDU Berlin unterstützt grundsätzlich das Ziel, Wohnungs- und Obdachlosigkeit flächendeckend zu beenden. Zur Wahrheit gehört aber auch: Deutschland als Sozialstaat und Berlin als Metropole werden auch in Zukunft attraktiv für viele Menschen sein, die in ihrer Heimat keine Zukunft mehr sehen. Zusätzlich zu den bereits vom CDU-geführten Senat initiierten und ausgebauten Maßnahmen wie Housing First, frühen Hilfen, Leistungen nach § 67 SGB XII für Personen in besonderen Lebensverhältnissen mit sozialen Schwierigkeiten und der Stärkung des Wohnungsbaus sind die folgenden Punkte gerade deswegen unbedingt erforderlich.

### **1. Prävention stärken**

Um Wohnungslosigkeit frühzeitig zu verhindern, müssen präventive Maßnahmen ausgebaut werden. Angebote wie eine Schuldnerberatung oder eine allgemeine Sozialberatung müssen ausgebaut werden, um die langen Wartezeiten auf eine Beratung zu senken und um kurzfristig Hilfe leisten zu können. Darüber hinaus müssen auch die Bearbeitungszeiten bei Mietschuldenübernahmen verkürzt werden, damit Wohnungslosigkeit durch schnelle behördliche Entscheidungen vermieden werden kann. Wo nötig, braucht es kurzfristige Terminvergaben und mehrsprachige Beratungsangebote.

## **2. Absicherung des Hilfesystems**

Die Träger sozialer Dienste, wie Obdachlosenunterkünfte, Wärmestuben und Beratungsstellen, benötigen eine gesicherte Finanzierung, um ihre bestehenden Angebote aufrechtzuerhalten und wo möglich ausbauen zu können.

Dies erfordert angesichts des Konsolidierungsdrucks der öffentlichen Haushalte eine klare Schwerpunktsetzung der zuständigen Senatsverwaltung zugunsten einer verlässlichen Finanzierung von Notunterkünften und anderen Angeboten der Obdachlosenhilfe. Im Rahmen der vom Senat angestrebten Vereinfachung des Zuwendungsrechts sollen Zuwendungsbescheide für die Träger unverzichtbarer sozialer Angebote für die Dauer eines Doppelhaushaltes grundsätzlich ermöglicht werden. So kann zusätzliche Planungssicherheit geschaffen und gleichzeitig der bürokratische Aufwand sowohl für die Träger als auch für die Sozialverwaltung reduziert werden. Bürokratischer Aufwand lässt sich auch durch den Verzicht kleinteiliger Prüfungen bei Ausgaben für Sachkosten senken. Darüber hinaus sind geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den bislang stockenden Mittelabfluss beim Kampf gegen Obdachlosigkeit schnell und nachhaltig zu verbessern.

## **3. Ausbau bedarfsgerechter Unterbringungsangebote**

Zu wohnungs- und obdachlosen Menschen gehören auch Suchtkranke. Gerade diese Personengruppe hat es besonders schwer, geeignete Unterbringungen zu finden. Um ihnen eine sichere Unterkunft bieten zu können und gleichzeitig den Konsum illegaler Drogen im öffentlichen Raum zu reduzieren, benötigt Berlin Unterkünfte, in denen der Konsum unter sicheren Bedingungen erlaubt bzw. akzeptiert ist. Der gewerbsmäßige Handel ist in und im Umfeld dieser Einrichtungen konsequent zu unterbinden.

Darüber hinaus braucht es vor allem in der Innenstadt mehrere Tagesaufenthalte für wohnungslose Menschen, in denen neben der persönlichen Hygiene auch das Waschen der Wäsche und qualifizierte Beratung ermöglicht wird. Dort, wo solche Angebote, etwa in Form von Wohnungslosentagesstätten bereits heute existieren, muss die Finanzierung sichergestellt werden.

Für Menschen mit Behinderung oder Pflegebedarf müssen ebenfalls Plätze um- und ausgebaut werden, um ihre Bedürfnisse bei der Unterbringung berücksichtigen zu können. An geeigneten Orten bedarf es Einrichtungen zur persönlichen Hygiene mit Möglichkeiten zum Waschen der Wäsche und qualifizierter Beratung. Angebote wie die Obdachlosen-Krankenwohnung in Moabit schließen eine wichtige Lücke bei der Unterbringung von akut kranken Menschen. Frauen und Familien sind im Hilfesystem der Wohnungsnotfälle immer noch nicht ausreichend berücksichtigt. Gerade Frauen sind im besonderen Maße von verdeckter Wohnungslosigkeit betroffen. Spezielle Angebote müssen für sie bereitgestellt werden. In diesem Zusammenhang braucht es auch mehr spezifische Unterbringungen sowie eine Weiterentwicklung des Hilfesystems.

Eine weitere Gruppe, die in Berlin besonders von Obdachlosigkeit betroffen sind, sind Personen aus dem EU-Ausland. Viele dieser Personen stammen insbesondere aus Ost-Europa. Um diesem Umstand gerecht zu werden, müssen allen Leistungsanbietern ausreichend Mittel zu Verfügung stehen, damit sie mehrsprachige und passgenaue Angebote gewährleisten können – auch unter Einsatz technischer Übersetzungsmöglichkeiten. Dies umfasst die Erweiterung bzw. Realisierung passgenauer Beratungsangebote in der niedrigschwelligen Wohnungslosenhilfe, u.ä. bzgl. Integration in Arbeit und Spracherwerb, familiengerechte Unterbringung, Ermöglichung des Zugangs zu medizinischer Versorgung. Außerdem müssen Sozialämter bei der Klärung des Rechtsstatus von Unionsbürgern besser unterstützt werden. Hierbei spielt auch der aufenthaltsrechtliche Status eine Rolle. Eine stärkere Kooperation mit Gruppen aus den Herkunftsstaaten ist wünschenswert.

#### **4. Landesweiter Ausbau alternativer Unterbringungsangebote**

Für viele Menschen, die auf Berlins Straßen lebend, sind die verfügbaren Angebote der ordnungsrechtlichen Unterbringung subjektiv und objektiv nicht geeignet. Das kann von einer psychischen oder Suchterkrankung über die Frage der Haustierhaltung bis hin zu persönlichen Erfahrungen von Gewalt und Kriminalität verschiedene Gründe haben.

Für diese Menschen und für unsere Stadt ist es keine Lösung, sie in die "freiwillige Obdachlosigkeit" zu entlassen und den öffentlichen Raum sowie die betroffenen Menschen mit dem nur geduldeten Aufenthalt in Parks, auf Spielplätzen oder Friedhöfen zu belasten.

Berlin braucht daher ein Angebot an alternativen Angeboten der Unterbringung, die zwar die Standards einer ordnungsrechtlichen Unterbringung nicht erfüllen, aber ein Mindestmaß an Schutz und Selbstbestimmtheit sowie ein Höchstmaß an Hilfsangeboten beinhalten. Nach dem Vorbild der "Safe Places" des Bezirksamts Neukölln kann es gelingen, seit vielen Jahren im öffentlichen Raum lebende Menschen in eine Behelfsunterkunft zu bringen und erstmalig seit vielen Jahren verlässlich an Hilfen anzugliedern. Soziale Arbeit ist dabei ein unerlässlicher Aspekt der „Safe Places“.

Solche Angebote sollen stadtweit ausgebaut werden und die notwendigen Flächen für eine (Zwischen-)Nutzung zur Verfügung gestellt werden. Dafür sollen auch Teile jener Grünanlagen, die bereits von Obdachlosigkeit und Drogenkonsum belastet sind, herangezogen werden. Für die Finanzierung sind nicht ausgeschöpfte Mittel der Fachverwaltung heranzuziehen bzw. entsprechende Schwerpunkte bei der Haushaltsaufstellung des zuständigen Senatsressorts zu setzen.

## **5. Berücksichtigung sozialer Infrastruktur bei Vorhaben der Stadtplanung**

Die Entwicklung sozialer Infrastruktur hat in den vergangenen Jahrzehnten mit der wachsenden Stadt nicht mithalten. Dies gilt insbesondere für die notwendigen Angebote, um die Pflicht der Stadt Berlin zur Unterbringung obdachloser Menschen erfüllen zu können. Während - richtigerweise - bei Vorhaben der Stadtplanung Kita- und Schulplätze, Sportflächen und Spielplätze stets mitgedacht werden, wurden andere Teile der sozialen Infrastruktur der Stadt nicht angemessen berücksichtigt.

Zukünftig sollen auch weitere Bedarfe berücksichtigt werden. Dies beinhaltet beispielsweise die Schaffung von Flächen für die Errichtung und den Betrieb ordnungsrechtlicher Unterbringungen durch Träger der Wohnungslosenhilfe, trägereigene Wohnformen mit Fokus auf betreutem Einzelwohnen sowie gesundheitliche und pflegerische Infrastruktur für Suchthilfe oder die Gesundheitsversorgung obdachloser Menschen. In den vorrangig zuständigen Bezirken ist das für „Soziales“ sowie das für „Gesundheit“ zuständige Bezirksamtsmitglied bei grundsätzlich geeigneten Vorhaben in den entsprechenden Planungsverfahren frühzeitig anzuhören. Geeignet ist ein Vorhaben in der Regel dann, wenn eine oben genannte Nutzung durch die Eigenart der betroffenen Fläche nicht erkennbar ausgeschlossen ist.

Die genannten Bedarfe sind bei der Erstellung von Konzepten für die soziale Infrastruktur grundsätzlich zu berücksichtigen. Soweit noch nicht erfolgt, sollen berlinweite Versorgungsrichtwerte entwickelt werden. Das Thema Wohnungs- und Obdachlosigkeit muss auch bei den Hitzeaktionsplänen mitgedacht werden, denn zunehmende Hitzesommer können für Obdach- und Wohnungslose ebenso lebensbedrohlich sein wie kalte Winter.

## **6. Langfristige Sicherung bestehender Unterkünfte durch Ankauf für das Land Berlin**

Die Rettung von Evas Obdach in der Neuköllner Fuldastraße zeigt, wie die im Sicherheitsgipfel mit dem Regierenden Bürgermeister gesetzten Prioritäten dazu führen, dass Berlin auch in Zeiten der Haushaltsknappheit funktioniert. Durch den Ankauf der Immobilie für das Land Berlin konnte der von Kündigung betroffene Standort gesichert und sogar erweitert werden. Damit ist die soziale Nutzung der Immobilie auf Jahrzehnte hin garantiert. Diesem Erfolg des CDU-geführten Senats sollen nach Möglichkeit weitere folgen.

## **7. Armut eine Stimme geben**

Die Aufklärung über Ursachen und Folgen von Obdach- und Wohnungslosigkeit kann dazu beitragen, noch immer bestehende, stigmatisierende Vorurteile zu bekämpfen, Schwellen zur Hilfeleistung zu verringern und die gesellschaftliche Unterstützung für Menschen in Not zu stärken. Wir wollen die öffentliche Wahrnehmung zum Thema Obdachlosigkeit erhöhen und alle Möglichkeiten nutzen, um die Kompetenz zum Umgang mit von Obdachlosigkeit betroffenen Menschen in Zivilgesellschaft, Politik, Behörden und Wirtschaft zu stärken.